

Matthias Wenger

Was will die AFD wirklich?

Daß die AFD nationalistische und rechtskonservative Töne anschlägt, ist sicher nichts Neues. Aber als ich mit einigen Freunden im Frühjahr 2017 über die Absichten dieser Partei diskutierte, wollten wir an die Quelle gehen. Das ganze Talkshowgesabbel und die politischen Kommentarspalten sind das Eine. Das ist Mainstreamjournalismus. Das hingegen, was im Hintergrund programmatisch niedergelegt wurde, sollte man darüber nicht vernachlässigen!

Die große Überraschung bei der Lektüre schon des letztjährigen Programms war aber Folgendes:

Einerseits bemüht sich die AFD, den Eindruck zu erwecken, sie spreche für den „kleinen Mann“, der in einem von politischen Eliten geführten Land deren ideologischer Arroganz wehrlos ausgeliefert sei.

Das Programm ist jedoch tatsächlich gespickt mit Ideen, die genau übereinstimmen mit Prinzipien des Großbürgertums und der Wirtschaftseliten! Die Ideologie des Neoliberalismus, die den Staat abzulösen bestrebt ist, damit einige wenige wirtschaftlich Starke umso besser profitieren können – genau diese Ideenwelt springt einem fast aus jeder Seite des Programms entgegen.

All jene, die wirklich glauben, daß die AFD ihrer Machtlosigkeit eine Stimme geben könnte, möchte ich einfach bitten, mit mir besagte Programmpunkte noch einmal in Augenschein zu nehmen.

Und ich denke, es besteht dann wirklich Anlaß, die für den September anstehende politische Entscheidung noch einmal zu überdenken.

Grundlage meiner Fundstellen sind Originalauszüge aus dem Bundestagswahlprogramm 2017 (Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017 - Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017 – <https://www.afd.de/wahlprogramm>):

Originalzitat aus dem Bundestagswahlprogramm 2017	Was könnte das konkret bedeuten?	Und was ergibt sich daraus für den Einzelnen?
Auch in Deutschland wenden wir uns gegen Zentralismus, Gleichmacherei und Uniformität. Denn wir stehen entschieden für Subsidiarität und Föderalismus. ... Einheit in Vielfalt statt Selbstaufgabe im Kollektiv ist uns Ursprung und Ziel	Diese Grundsätze betonen eine Ökonomie, die bewußt auf eine globale staatliche Planung verzichtet, wie sie in linken oder sozialistischen Alternativen formuliert werden. Bei einem Kapitalismus, der seine	In einem Staat, in dem die AFD Verantwortung trüge, verstärkt sich die sozialpolitische Rechtlosigkeit des Einzelnen gegenüber den Mächtigen noch mehr. Dieser ist künftig der

<p>deutscher Selbstbestimmung.(S.7)</p>	<p>Aktivitäten selbst generalstabsmäßig plant und das im weltweiten Maßstab, bedeutet das vor allem eins: Ein schwacher Staat, der gegenüber internationalen Konzernen hoffnungslos ins Hintertreffen gerät.</p>	<p>Macht der „Investoren“ ausgeliefert, weil die Handlungsfähigkeit des Staates eingeschränkt wird.</p>
<p>Die AfD verlangt, dass die deutschen Banken etwaige Haftungen auf die nationale Ebene begrenzen und wie bisher eigene Verbundlösungen schaffen können, die den unterschiedlichen Profilen der Bankengruppen Rechnung tragen. Wir wenden uns gegen jegliche Versuche der europäischen Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken, insbesondere aus Bankgeschäften. Die „Bankenunion“ wäre ein weiterer Schritt in die von der AfD abgelehnte Haftungs- und Transferunion. Wir treten dafür ein, die nationale Souveränität über die Banken- und Finanzdienstleistungen wiederherzustellen; dieser Wirtschaftsbereich ist für ein reibungsloses Funktionieren unserer Volkswirtschaft lebenswichtig (S.15)</p>	<p>Hier wird vorgeblich dafür argumentiert, die Haftung „des Steuerzahlers“ gegenüber transnationalen Krediten zu begrenzen. Nicht berücksichtigt wird, daß die Finanzwirtschaft mit ihren „Produkten“ und Transaktionen durchweg global agiert. Bankenaufsicht national zu begrenzen, hieße, die weltumspannenden Prozesse der Finanzwirtschaft der Wahrnehmung zu entziehen und ihren unkontrollierten Vollzug zu akzeptieren. Wie schwachsinnig ist eine national begrenzte Bankenaufsicht z.B. für die Deutsche Bank, die mit Tochtergesellschaften auf allen Kontinenten operiert?</p>	<p>Die Forderungen vereiteln einen wirksamen Verbraucherschutz im Finanzsektor. Da die globalen Aktivitäten „deutscher“ Banken entscheidenden Einfluß auf das Kapital deutscher Kontoinhaber aufzuweisen haben, läßt der Verzicht auf globale Kontrollmechanismen gerade den Kleinanleger schutzlos zurück.</p>
<p>Die USA sind der wichtigste Bündnispartner Deutschlands. Leitbild einer interessen geleiteten deutschen Außen- und Sicherheitspolitik ist die Gleichberechtigung beider Partner. Die zunehmende Fokussierung der USA auf</p>	<p>Die aktuelle Forderung der USA nach einer Erhöhung der Militärausgaben wird durch diese Aussagen ausdrücklich legitimiert. Diese Position dient vor allem den Interessen der Rüstungsindustrie! Und</p>	<p>Die sozialpolitische Situation des Einzelnen wird geschwächt, weil die Gefahr besteht, Sozialleistungen zu verringern, um die Rüstungsausgaben zu erhöhen.</p>

<p>den pazifischen und ostasiatischen Raum erfordert eine autonome deutsche Sicherheitsstrategie. Im Einklang mit den langjährigen Forderungen der USA nach einer gerechten Verteilung der Lasten und den europäischen Bestrebungen nach mehr Mitsprache in der NATO ist es nur folgerichtig und in deutschem Interesse, den europäischen Einfluss in der NATO zu stärken. (S.18)</p>	<p>zwar sowohl den Interessen transnationaler Rüstungskonzerne auf europäischer Ebene wie der EADS (Airbus). Als auch den Interessen der US-Eliten, deren anderweitige Expansionsgelüste man unterstützt, indem man sie in Europa freistellt.</p>	
<p>Die deutschen Streitkräfte sind so zu reformieren, dass deren Einsatzbereitschaft auch bei Einsätzen mit höchster Intensität gewährleistet ist. Dazu sind umfangreiche strukturelle, personelle und materielle Veränderungen unabdingbar. (S.19)</p>	<p>Diese Forderung steht im Einklang mit den Vorgaben globaler Kriegstreiber, die Bundeswehr vor allem global einsetzbar zu machen. Das dient einerseits multinationalen Wirtschaftsinteressen im Kampf um die Sicherung von Rohstoffen (Wobei „Terrorismus“ als vorgeschobenes Argument benutzt wird), als auch natürlich wieder um eine weitere Konjunktursteigerung für die Rüstungsindustrie.</p>	<p>Je stärker die Gefahr realer militärischer Handlungen, desto größer die Gefahr, daß daran beteiligte Soldaten krepieren. Jede Militarisation fördert Menschenopfer, während sie den Reichtum der Wirtschaftseliten vermehrt.</p>
<p>Überführung der Bereitschaftspolizeien der Länder in die Bundespolizei (S.24)</p>	<p>Obwohl sich die AFD an anderer Stelle gegen Zentralismus einsetzt, wird dieser hiermit in der Sicherheitspolitik gefordert. Diese Forderung entmacht die Bundesländer, und bündelt die gesamte Polizeistrategie in der Hand des Bundesinnenministers. Damit wird an Traditionen der Dreißiger und Vierziger Jahre angeknüpft!</p>	<p>Verstärkte Rechtlosigkeit des einzelnen Bürgers, der von polizeilichen Aktivitäten betroffen ist.</p>

<p>Für die Verbesserung der Fahndungsmöglichkeiten sollen die Polizeibehörden an kriminalitätsneuralgischen öffentlichen Plätzen und Gebäuden eine Videoüberwachung mit Gesichtserkennungssoftware einsetzen können (S.24)</p>	<p>Dem Wunsch der Geheimdienste nach flächendeckender Überwachung der Bürger wird mit dieser Forderung entsprochen. Der besonders plumpe Schwachsinn verstärkter Videoüberwachung resultiert aus der Tatsache, daß damit keine Straftat verhindert wird, was nur mit verstärkter Personalpräsenz denkbar wäre.</p>	<p>Eine flächendeckende Gesichtserkennung verwandelt den freien Bürger in ein bloßes Objekt geheimdienstlicher „Massentierhaltung“. Die Freizügigkeit im Sinne einer grundrechtlich garantierten Bewegungsfreiheit wird zur Farce.</p>
<p>Die Organisierte Kriminalität (OK) muss nachhaltig bekämpft werden. Dazu gehört, Gewinne aus Straftaten besser abzuschöpfen und folgerichtig die bereits bestehenden rechtlichen Instrumente des Verfalls und der Einziehung besser zu nutzen. Die Mehrzahl der Täter im Bereich der Organisierten Kriminalität sind Ausländer. Sie auszuweisen, muss vereinfacht werden. Deshalb ist für diesen Personenkreis bei entsprechendem Verdacht die OK-Zugehörigkeit als Ausweisungsgrund einzuführen. (S.25)</p>	<p>Das Kapitel Innere Sicherheit und Justiz zeigt, daß das AFD-Programm die deutschen Oberschichten schützt, indem es bei der Beschreibung krimineller Strukturen mit dem Blick auf Ausländer und Kleinkriminelle ablenkt. Die ungeheuren Schäden der Wirtschaftskriminalität für unseren Staat interessieren die AFD nicht. Man bedenke: „Die Täter mit den weißen Kragen verursachen weitaus höhere materielle Schäden als Schwerkriminelle wie Bankräuber oder Einbrecher. Das Bundeskriminalamt rechnet nach jüngsten Zahlen nur 1,3 Prozent aller Straftaten dem weiten Bereich der Wirtschaftskriminalität zu, doch entfällt auf diese mit 4,1 Milliarden Euro (Stand 2011) mehr als die Hälfte der insgesamt verursachten Schäden. Tendenz steigend. „ (Quelle: https://www.welt.de/wirtschaft/article121536769/Wenn-die-nette-Fuehrungskraft-ein-Betrueger-ist.html)</p>	<p>Je mehr kriminelle Oberschichten in einem System für sich abschöpfen, desto geringer die finanziellen Zuwendungen, die der Allgemeinheit zufließen. Außerdem besteht für Angehörige der Unterschicht und unteren Mittelschicht im AFD-Schema der OK stets eine höhere Wahrscheinlichkeit in den Kreis der „Verdächtigen“ zu geraten. In der Linken sprach man hier meist treffenderweise von „Klassenjustiz“.</p>

<p>Betroffen von der Verschärfung eines ohnehin schon restriktiven Waffenrechts sind vor allem legale Waffenbesitzer, Sportschützen, Jäger und Waffensammler. Die illegalen Waffen, die für terroristische Anschläge benutzt werden, werden davon nicht erfasst. Die Umsetzung der EU-Feuernrichtlinie lehnen wir ab. Der Erwerb des Waffenscheins für gesetzestreue Bürger ist zu erleichtern. (S.25)</p>	<p>Während die AFD einen Rückgang innerer Sicherheit beklagt, fördert sie mit der Liberalisierung des Waffenrechts gerade deren Verschärfung. Das Beispiel der USA mit jährlichen Opfern von Schußwaffenmißbrauch im Umfang von rd. 30.000 Menschen sowie bundesdeutsche Amokläufe sollten warnen! (Statistik s. http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-10/schusswaffen-usa-verkehrstote)</p>	<p>Die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Schußwaffenmißbrauchs zu werden, nimmt für einen jeden von uns zu!</p>
<p>Der gegenwärtige öffentlich-rechtliche Rundfunk wird durch Zwangsbeiträge finanziert, ist mit einem Jahresbudget von über neun Milliarden Euro viel zu teuer und wird in einer Weise von der Politik dominiert, die einer Demokratie unwürdig erscheint. Die AfD setzt sich dafür ein, die Rundfunkanstalten grundlegend zu reformieren. Der Rundfunkbeitrag ist abzuschaffen, damit in Zukunft jeder Bürger selbst und frei entscheiden kann, ob er das öffentlich-rechtliche Angebot empfangen und bezahlen will. Der neue Bürgerrundfunk soll ein schlankes Medium sein, welches sich auf objektive Berichterstattung sowie kulturelle und bildende Inhalte fokussiert. Das Angebot wird überwiegend verschlüsselt/passwortgeschützt, sodass nur noch freiwillige Zahler Zugang haben.</p>	<p>Die mit diesem Vorschlag einhergehende Schwächung der einzigen halbwegs neutralen Informations- und Bildungsinstanz im Medienbereich kann sich nur so auswirken, daß sie den Einfluß privater Medienkonzerne mit ihrer Tendenz zu Kommerzialisierung, Verflachung und Verblödung stärkt. Die AFD fördert de facto die Vereinfachung und Trivialisierung der Medienlandschaft mit der Folge einer zunehmenden Bildungsferne beim Medienkonsum. Außerdem begünstigt sie mit diesem Vorschlag die Medienwirtschaft, deren Ziel darin besteht, durch den Verkauf ihrer Inhalte Maximalgewinne zu erzielen.</p>	<p>Für den Einzelnen wird es zunehmend schwieriger, sich objektiv zu informieren.</p>

<p>Um den Einfluss der Politik – egal welcher Ausrichtung – zu reduzieren, sollen insbesondere die gesellschaftlichen Vertreter in den Kontrollgremien durch freie und demokratische Wahlen vom Bürger bestimmt werden. (S.48)</p>		
<p>Die AfD ist für eine Abschaffung der Erbschaftsteuer als Substanzsteuer und gegen die Reaktivierung der Vermögensteuer. Intakte Familien denken und leben in Generationenzusammenhängen. Die Übergabe von Vermögen – auch und gerade in Unternehmen gebundenes – ist Privatangelegenheit und darf nicht dem Staatszugriff ausgesetzt werden. (S.51)</p>	<p>Hiermit unterstützt die AfD vor allem superreiche Familienunternehmen in deren Bedürfnis, sich ihrer sozialen Verantwortung zu entziehen. Man schaue sich einmal angesichts dieses Vorschlags an, wieviele Großkonzerne (z.B. im Bereich des Handels) sich in Familienbesitz befinden. Deren teilweise in mörderischem Konkurrenzkampf mit unterlegenen Mitbewerbern erwirtschaftete Vermögen als „Privatangelegenheit“ zu deklarieren, ist schon mehr als grotesk. Die grundgesetzlich festgestellte soziale Bindung des Eigentums scheint der AfD nicht präsent zu sein.</p>	<p>Kleinere Selbständige haben natürlich das Nachsehen, wenn man den großen „Playern“ der Wirtschaft Vorrang einräumt.</p>
<p>„... den Staat verschlanken und effizienter machen • Abbau von Subventionen, neue Subventionen zeitlich befristen • Vereinfachung des Steuersystems wie oben beschrieben • Regulierungen und Bürokratie überprüfen und abbauen, um insbesondere die Belastungen für kleine und mittelständische Unternehmen zu</p>	<p>Diese mit dem Versprechen der Schaffung neuer Arbeitsplätze motivierten Forderungen gehören zum klassischen Inventar neoliberaler Ideologie. Sie übersehen vor allem alle historischen Erfahrungen der Wirtschaftspolitik der letzten anderthalb Jahrzehnte.</p>	<p>In einer radikal deregulierten Wirtschaft wird der Einzelne sowohl gegenüber den Unternehmern als auch der Sozialbürokratie immer rechtloser.</p>

<p>verringern. die Staatsquote senken • Steuer-/Abgabenobergrenze einführen und Staatsverbrauch senken • Klare Prioritätensetzung, welche Staatsaufgaben wichtig sind, unwichtiges auslaufen lassen. ...“ (S. 53)</p>	<p>Seit der rotgrünen Regierung Schröder wurde die Beziehung zwischen Staat und Wirtschaft genau in der hier anvisierten Richtung neu justiert: Die AFD fordert hier etwas noch nachdrücklicher, was die etablierten Parteien längst realisiert haben!</p> <p>Zur „Belohnung“ hat die Wirtschaft keine wirklich hochklassigen neuen Arbeitsplätze geschaffen. Statt dessen wuchs die Zahl der finanziell prekären Vollbeschäftigten, der Verarmten und sozialpolitisch Entrechteten immer mehr. Das Kuriose ist, das die AFD im selben Kapitel ihres Programms die statistische Manipulation der Arbeitslosenzahlen beklagt.</p> <p>Gerade damit aber versuchen ja die Befürworter des Neoliberalismus in Staat und Verwaltung, die arbeitsmarktpolitische Wirkungslosigkeit ihrer Reformen (s.o.) zu vertuschen! Die wirtschaftspolitischen Vorschläge der AFD sind also ein Wendei. Sie sind von geradezu perfekter Wirkungslosigkeit.</p>	
<p>14.2 Wohnungsbau Wohnraum ist in den deutschen Großstädten knapp und teuer. Die Neubautätigkeit kann unter den vorliegenden Rahmenbedingungen nicht mithalten. Planwirtschaftliche Eingriffe wie die „Mietpreisbremse“ verschleppen das</p>	<p>Infolge maßloser Spekulation globaler Immobilienhaie verzeichnen wir in allen städtischen Großräumen regelmäßige Mietpreisexplosionen in kontinuierlicher Folge. Eine solche Entwicklung ungebremst hinzunehmen, ist ein schönes Geschenk an die Spekulanten.</p>	<p>Der Vorrang privater Wohnungsbauspekulanten und die tatenlose Hinnahme ihres aggressiven Handelns wird zahlreiche finanzschwache Mieter aus den Kernregionen urbaner Zentren in Randgebiete verdrängen.</p>

<p>eigentliche Problem, anstatt es zu lösen. Langfristig verkeht sich der gewünschte Effekt der Mietpreisbremse ins Gegenteil, weil sie private Investitionen in den Wohnungsbau weniger rentabel macht und so auch den dringend benötigten Neubau von Wohnungen ausbremst. (S. 69)</p>	<p>Neubau findet ohne staatliche Lenkung fast nur auf einem monetären Niveau statt, das finanzschwache Mieter benachteiligt. Die AFD übersieht, daß ausschließlich private Investitionen ohne genossenschaftliche oder öffentlich-rechtliche Alternativen ein Baugeschehen auf Luxusniveau zementieren.</p>	
---	---	--